



„Nur weil man nicht alle retten kann, ist es keine Alternative, niemanden zu retten. Es geht sowohl um Hilfe vor Ort als auch um Evakuierungen.“

Klaus Schwertner von der Caritas übt scharfe Kritik an der österreichischen Regierung



„Das ist irrelevant.“

Österreichs Bundespräsident Van der Bellen gestand gestern nach seiner Rede Alpbach zu, dass Österreich – wie von Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) argumentiert – tatsächlich in den vergangenen Jahren sehr viele Flüchtlinge auch aus Afghanistan aufgenommen habe. Das sei jetzt aber nicht das Thema

Weber: Flüchtlingswelle darf sich nicht wiederholen

MÜNCHEN (dpa). Bei der Aufnahme afghanischer Flüchtlinge fordert der Vorsitzende der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber, feste Kontingente für einzelne EU-Staaten. Zugleich müssten die Menschen, die nach Europa kommen, auch überprüft werden, sagte der CSU-Politiker gestern im Bayerischen Rundfunk. „Es muss ein balancierter Weg sein: Hilfsbereitschaft, aber nicht naiv zu sein.“ Er fügte an: „Eine große Flüchtlingswelle, wie wir sie 2015 erlebt haben, darf es in der Form nicht wieder geben.“ Damals waren Hunderttausende Migranten, darunter viele Syrer, weitgehend unkontrolliert nach Deutschland eingereist.

Weber setzt dabei auch auf die Unterstützung der Türkei. „Wir haben mit der Türkei jetzt

ein neues Flüchtlingsabkommen vereinbart, und da muss sie auch helfen, dass Grenzen ordentlich gesichert werden.“ Nach Webers Meinung sind nun auch Nachbarregionen wie Pakistan gefordert. „Und da ist Europa partnerschaftlich präsent, dass wir auf den möglichen Routen in der direkten Nachbarschaft vor Ort praktische Unterstützung jetzt schon bereitstellen.“ Weber sprach sich zugleich dafür aus, mit den militant-islamistischen Taliban, die nun in dem Krisenstaat an der Macht sind, über eine Verlängerung des internationalen Evakuierungseinsatzes zu verhandeln. Daran könnten auch die Taliban ein Interesse haben, sagte Weber. Insgesamt gehe es jetzt darum, „dass wir in der Evakuierung weiter Gas geben und Menschen retten.“



Afghanische Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in Deutschland. APA/afp

NGOs rufen zur Aufnahme von Flüchtlingen auf

WIEN (APA). Mehrere NGOs haben sich zusammengeschlossen, um für die Aufnahme von Menschen aus Afghanistan zu werben. Sie haben gestern ein Forderungspapier an die österreichische Regierung zur Rettung von bedrohten Menschen aus Afghanistan präsentiert. Gefordert werden die Aufnahme von Familienangehörigen von hier lebenden Afghanen und

besonders gefährdeten Menschen sowie die Beendigung von Abschiebungen. Dem Bündnis gehören u.a. Amnesty International, Diakonie und Caritas an. Klaus Schwertner von der Caritas und Heinz Patzelt von Amnesty International Österreich übten scharfe Kritik an der Bundesregierung, die die Aufnahme von Flüchtlingen ablehnt.



Geduld ist gefragt: Ausreisewillige Afghanen vor dem Flughafen in Kabul. APA/afp

USA halten am Zeitplan fest

AFGHANISTAN: US-Regierung arbeitet jedoch auch an Alternativplänen – Tausende um Evakuierungsmission

WASHINGTON/KABUL (dpa). Die USA halten vorerst an dem Plan fest, ihre Truppen bis zum 31. August aus Afghanistan abzuziehen. Wie das Weiße Haus mitteilte, erklärte US-Präsident Joe Biden gestern bei der Videoschaltete der G7-Staats- und Regierungschefs, dass die Vereinigten Staaten momentan im Zeitplan seien, die gesetzte Frist einzuhalten. Biden habe zugleich klar gemacht, dass das Ende des Einsatzes von der Erfüllung der US-Ziele abhängen.

Er habe das Außen- und Verteidigungsministerium angewiesen, Alternativpläne zu erarbeiten, „um den Zeitplan anzupassen, falls das nötig sein sollte“. Der laufende internationale Militäreinsatz zur Evakuierung

westlicher Staatsbürger, afghanischer Ortskräfte und anderer Schutzbedürftiger ist von der US-Truppenpräsenz abhängig.

Das US-Militär kontrolliert derzeit den Flughafen in der afghanischen Hauptstadt Kabul und sichert die internationale Evakuierungsmission mit aktuell rund 5800 Soldaten ab. Die verbliebenen internationalen Kräfte am Airport sind bei ihren Evakuierungsaktionen auf den Schutz durch US-Truppen angewiesen. Die europäischen Verbündeten in London, Paris und Berlin hatten auf eine Verlängerung der Mission gedrängt, da es fraglich ist, ob es gelingt, innerhalb der verbleibenden Tage bis zum Monatsende alle westlichen Staatsbürger, afghanischen Helfer und anderen Schutzbedürftigen außer Landes zu bringen.

Biden ließ sich jedoch vorerst nicht dazu bringen, seinen Zeitplan abzuändern. Der Abschluss

des Einsatzes hänge auch von der „anhaltenden Koordination mit den Taliban ab“, inklusive des Zugangs zum Flughafen für jene, die evakuiert werden sollen, erklärte die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, in einer schriftlichen Stellungnahme. Biden habe in der Schalte mit den G7-Partnern auch betont, dass das Risiko der Mission angesichts der zunehmenden Bedrohung durch einen örtlichen Ableger der Terrormiliz Islamischer Staat jeden Tag zunehme. Eine öffentliche Ansprache von Biden selbst wiederum wurde gestern mehrfach verschoben – um mehrere Stunden.

Bidens Nationaler Sicherheitsberater, Jake Sullivan, hatte am Wochenende gesagt, die Bedrohung durch einen möglichen Anschlag eines Anschlags der Terrormiliz IS am Flughafen Kabul oder in der Umgebung sei „akut“. Auch die Bundeswehr ist deswegen in Sorge. Man habe

Signale aus amerikanischen Quellen, aber auch eigene Erkenntnisse, dass zunehmend potenzielle Selbstmordattentäter des IS „in die Stadt einsickern“, sagte Generalinspekteur Eberhard Zorn in Berlin.

Der britische Premierminister Boris Johnson forderte die Taliban auf, Ausreisewilligen auch nach dem Abzug westlicher Truppen aus Afghanistan freies Geleit zu gewähren. Auch EU-Ratspräsident Charles Michel mahnte, es müsse ein „fairen und gerechten Zugang“ zum Flughafen für alle Menschen geben, die ein Anrecht darauf hätten, in Sicherheit gebracht zu werden. Michel forderte Biden auch erneut auf, sich in der Frage des Abzugs flexibel zu zeigen. Es sei nötig, den Flughafen so lange wie nötig zu sichern.

© Alle Rechte vorbehalten



EUROPA-SPLITTER

Die Jugend in Europa

TAG DER JUGEND: Die Vorteile der Europäischen Integration erfahrbar machen

Am 12. August war es wieder soweit: Seit 1999 versucht die Politik weltweit am internationalen Tag der Jugend die Interessen und Anliegen der Jugend in den Vordergrund zu stellen. Insbesondere will man die Beteiligung der jungen Bevölkerung an der Politik stärken. Diese ist eher gering. 2018 waren weltweit nur 2 Prozent aller Abgeordneten in nationalen Parlamenten jünger als 30 Jahre. Auch die EU hat sich zunehmend der Verjüngung der politischen Teilnahme verschrieben.

Wie aber sieht das Leben der Jugend in Europa aus? Tatsächlich sind die Probleme, die Nach- wie auch die Vorteile des Jungseins nicht überall die gleichen. Die Lebensumstände hängen auch von nationalen Umständen und Kulturen ab. So hat das EU-Statistikamt letzte Woche Daten zur speziellen Frage veröffentlicht, wann junge Leute den Haushalt ihrer Eltern verlassen. In Schweden treibt es sie bereits im Alter von 22 Jahren aus dem Haus. In



Jugendliche haben nicht überall die gleichen Probleme. Shutterstock/

Kroatien kommt es erst ein ganzes Jahrzehnt später zu diesem Flug aus dem Nest. Italien liegt zusammen mit Malta an dritter Stelle der Nesthocker: Die Jugend verlässt den elterlichen Haushalt im Alter von 30 Jahren. Was allerdings überall gilt: Die Frauen ziehen überall einige Jahre früher aus. Freilich ist die Frage, wann jemand den Schritt in die Selbständigkeit wagt, davon abhängig, welche Möglichkeiten der Jugend „draußen“ offenstehen. Und

diese sind oft nicht allzu rosig.

Was tut das Europa der EU, um diese Möglichkeiten zu verbessern? Seit 2010 sind junge Menschen zentrales Anliegen der Strategie Europa 2020. Man möchte europaweit die Zahl der Schulabbrecher verringern und die Akademikerquote erhöhen und generell bei allen Fragen der Bildung und Beschäftigung die Jugend berücksichtigen. Hierbei geht es durchaus um konkrete Budgetmaßnahmen. 2013 haben sich die EU Mit-

gliedstaaten auf eine „Jugendgarantie“ geeinigt. Dieses Instrument erlaubt es, dass Jugendlichen, die arbeitslos werden oder die Schule verlassen, innerhalb von 4 Monaten mit EU-Unterstützung ein Arbeitsplatz, eine Weiterbildung oder eine Schulung angeboten wird.

Im November 2018 wurde die EU-Jugendstrategie angenommen. Sie regelt die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in den Jahren 2019 bis 2027. Erst vor einigen Wochen wurde die Kommissionsbeamtin Biliana Sirakova zur ersten EU-Jugendkordinatorin ernannt, um sicherzustellen, dass die Jugend im Brüsseler Getriebe stets mitgedacht wird. Informationen zur EU-Jugendpolitik finden sich auf dem Europäischen Jugendportal unter https://europa.eu/youth/home_de. Alle 2 Jahre organisiert die Kommission gemeinsam mit dem Parlament die Europäische Jugendwoche die junge Menschen mit den zahlreichen EU-Mobilitätsmöglichkeiten vertraut macht.

© Alle Rechte vorbehalten

4 FRAGEN AN ...

...Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Worum geht es bei der EU Jugendstrategie?

Gabriel N. Toggenburg: Kurz gesagt um Beteiligung, Begegnung und Befähigung. Also darum, der Jugend Teilnahme an den vielen Möglichkeiten Europas zu ermöglichen. Die jungen Menschen anzuregen, über Landesgrenzen hinweg zusammenzukommen. Und es geht darum, den Jungen Möglichkeiten am Arbeitsmarkt zu verschaffen.

„D“: Was sagen die Jungen selbst dazu?

Toggenburg: Die Jugend war eingebunden. Die 11 Europäischen Jugendziele wurden im Dialog mit 50.000 Menschen aus ganz Europa in den Jahren 2017 und 2018 festgelegt.

„D“: Was sind diese Jugendziele?

Toggenburg: Ziel Nummer 1 ist

z.B. die EU mit der Jugend zusammenbringen. Viele der Ziele sind allgemeine politische Ziele wie etwa die Herstellung inklusiver Gesellschaften. Andere wiederum sind sehr konkret wie das Ziel psychischer Gesundheit. Eine wachsende Zahl junger Menschen ist besorgt über die Zunahme von psychischen Gesundheitsproblemen. Beim Ziel Nummer 6 geht es um die Förderung der Jugend im ländlichen Raum.

„D“: Apropos, wie kann man in Südtirol Europa erfahrbar machen?

Toggenburg: Auf privater Ebene macht das zum Beispiel der CASA, der Club Alpach Südtirol Alto Adige. Er ermöglicht jungen Südtirolern eine Teilnahme am Europäischen Forum Alpbach. Im Umfeld des morgigen Tirolertages in Alpbach arbeiten CASA und andere an einer Eingabe der Jugend bei der Konferenz zur Zukunft Europas.

*Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz